
FDP Groß-Umstadt

ANTRAG ZUR KINDERTAGESPFLEGE

12.08.2025

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Heiko Handschuh
Parlamentarisches Büro
Markt 1
64823 Groß-Umstadt

Groß-Umstadt, den 12.08.2025

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die FDP-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten

Stadtverordnetenversammlung am 11.09.2025 zu nehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

bei der Bedarfsanalyse und weiteren Planung von U 3 - Betreuungsplätzen die 50, die die 10 in Groß-Umstadt vorhandenen Kindertagespflegeeinrichtungen vorhalten, zu berücksichtigen.

Außerdem ist ein **Konzept zur Vernetzung von Stadt, KiTa/ Krippe und Kindertagespflege** zu erstellen, das ein einheitliches Anmeldeportal für **alle** Einrichtungen vorsieht sowie einen finanziellen Ausgleich durch die Stadt bei Nicht-Auslastung der Plätze analog zur Ganztagsbetreuung an den Grundschulen.

Hierbei ist auch sicherzustellen, dass den Kindern aus den Kindertagespflegeeinrichtungen bei der Vergabe von Ü 3 –Plätzen kein Nachteil entsteht.

Begründung:

Die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen gehört nicht nur zu den kommunalen Pflichtaufgaben, sondern ist auch zwingend notwendige Maßnahme einer zukunftsorientierten Bildungspolitik, bei der gerade der frühkindlichen Bildung besondere Bedeutung zukommt.

Bildung ist nicht nur nach Ansicht der Liberalen die wichtigste Grundlage einer funktionierenden Demokratie und Wirtschaft, der ohne gute Kinderbetreuung vor allem (weibliche) Fachkräfte verloren gehen.

Seit Jahren versucht Groß-Umstadt, dieser Verpflichtung durch Erweiterungen und Neubauten von Kindergärten nachzukommen, aber trotz aller Anstrengungen und auch Erfolge fehlen immer noch Plätze – aus schwer nachvollziehbaren Gründen scheint aber nicht bezifferbar, um wie viele es sich wirklich handelt. Unter Hinweis der Verwaltung auf aktuelle, in Vorbereitung befindliche Bedarfszahlen wurde ein entsprechender Antrag der Liberalen für die StvV am 13.02.25 im 1. Quartal zurückgestellt. Auch ein geplanter Änderungsantrag, als gemeinsamer Antrag von FDP und SPD für die StvV am 02.07.25 angedacht, kam aus Zeitgründen nicht zustande.

In der Sommerpause erhielten die Fraktionsvorsitzenden einen „Brandbrief“ der Kindertagespflege, der jetzt für uns Liberale neue Aspekte in den Vordergrund stellt.

Kindertagespflegepersonen sind selbstständige Unternehmer, zahlen Steuern und entrichten Sozialabgaben. Die Unkosten für die Räume und deren Ausstattung, für Versicherungen und Fortbildungen, für Arbeits- und Verbrauchsmaterialien sowie das unternehmerische Risiko tragen sie allein.

Dieses Angebot entspricht damit der liberalen Vorstellung von Vielfalt und größtmöglicher Freiheit des einzelnen bei der Gestaltung seines Alltags und seines Beitrags für Gesellschaft und Wirtschaft.

Dabei verdienen der Mut und die Initiative von Frauen, das Risiko als selbstständige Unternehmerinnen zu tragen, besondere Unterstützung.

Kindertagespflegeeinrichtungen sichern der Kommune Flexibilität, entlasten den Investitionsplan, was vor allem da sinnvoll erscheint, wo die Notwendigkeit der Investition (in den Bau von KiTas!) in Frage steht.

Die FDP-Fraktion würde es begrüßen, wenn das von uns ohnehin nicht favorisierte Projekt des KiTa-Neubaus in der St. Peray-Straße erst dann weiter verfolgt würde, wenn alle Bedarfszahlen für die nächsten Jahre transparent sind.